Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Foubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 516. [31. Jahrgang.] Berlin, Mittwoch den 4. November 1891, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 516.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition dieser Zeitung Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. sowie die Post-Expeditionen 8 Mark inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Politischer Tagesbericht.

Berlin 4. November.

Durch die gemeldete Wiederbesetzung des **Posener-Gnesener Erzbisthums** ist eine Frage ihrer Lösung entgegengeführt worden, durch die, so lange sie als offene betrachtet werden durfte, der Neigung zur Unzufriedenheit und zum Streit reichliche Nahrung zugeführt werden mußte. Schließt die getroffene Entscheidung aus diesem Grunde ein Moment der Beruhigung in sich, so ist zu hoffen, daß auch der Entschluß der königlichen Staatsregierung, den Unterthanen Sr. Majestät polnischer Zunge ein gewichtiges Zugeständniß zu machen, indem man ihnen einen Kirchenfürsten ihres eigenen Fleisches und Blutes gab, nicht unerheblich dazu beitragen werde, die Bande zu befestigen, welche die polnischen Landestheile mit dem engeren preußischen und weiteren deutschen Vaterland verknüpfen. Es wird selbstverständlich nicht an Stimmen fehlen, welche mit mehr oder minder starken Bedenken in dieser Richtung nicht zurückhalten dürften. Soll von vornherein in keiner Weise bestritten werden, daß es sich vorwiegend um Meinungsäußerungen Wohlmeinender handeln möchte, so wird doch schon eine bloße Durchmusterung der Reihe derjenigen Persönlichkeiten, welche für das hohe Amt eines Erzbischofs von Posen in Frage kamen, die Gewißheit ergeben, daß ein Ueberfluß an geeigneten Kräften jedenfalls nicht vorhanden gewesen ist. Alsdann aber bietet der Umstand an sich, daß ein auf den Erzbischofsstuhl in Posen-Gnesen erhobener Kandidat Nichtpole ist, in keiner Weise bessere Bürgschaften, als ein Kirchenfürst polnischer Nationalität dafür, daß er sich solchen Einflüssen unzugänglich erweisen werde, die vom preußisch-deutschen resp. nationalpolitischen Standpunkte aus als bedenkliche und gefährliche angesehen werden müssen. Die Erfahrung hat im Gegentheil gelehrt — und es ist dies auch psychologisch leicht zu erklären —, daß gerade solche Personen, die in dem Getriebe von nationaler Eigenart und Begehrlichkeit weniger Bescheid wissen wie der eigentliche Landsmann, weit eher Gefahr laufen, sich von unberechtigten Strebungen ins Schlepptau nehmen zu lassen, als der Eingeborene, der in dem Maße, in dem ihm außer der Kenntniß von Land und Leuten auch das Vertrauen der Letzteren zur Seite steht, um so eher im Stande ist, sich Ansprüchen zu versagen, die er klar als solche erkennt, durch deren Verfolgung er sich in Widerspruch bringt mit den Pflichten des übernommenen Amtes.

Liegt für die preußischen Unterthanen polnischer Zunge gerade in der augenblicklichen politischen Konstellation ein doppelter Antrieb, ihren Anschluß möglichst fest nach der Seite zu nehmen, von welcher man ihnen ein sehr großes Maß von Wohlwollen und Vertrauen entgegenbringt, so kann die Erwartung, es werde sich aus der Ernennung des bisherigen Propstes von Wreschen zum Erzbischof von Posen-Gnesen ein verstärkter Grund hierzu ergeben, auch durch den Umstand nicht herabgemindert werden, daß Herr Dr. v. Stablewski zur Zeit des Kulturkampfes in der vordersten Reihe der Streiter gestanden hat. Die besten Streiter werden sehr oft, wenn der Kampf zu Ende geführt ist, die besten Stützen des Friedens, und wie es sich immer mehr zur allgemeinen Erkenntniß durchringt, daß die Wahrnehmung eines partikularistischen Standpunktes, soweit derselbe als ein berechtigter angesehen werden darf, durchaus nicht im Gegensatz zu stehen braucht mit der Bethätigung einer echt nationalen Gesinnung, so wird auch der neue Erzbischof von Posen-Gnesen nicht deshalb eine minder zuverlässige Stütze des inneren und äußeren Friedens sein, weil er bis vor geraumer Zeit ein sehr streitbarer Fraktionsgenosse gewesen ist und aus seinen polnischen Gesinnungen nie ein Hehl gemacht hat. Muß ohne Frage auch bei den polnischen Bestrebungen unterschieden werden zwischen berechtigten und unberechtigten, so steht das Eine jedenfalls nach wechselvollen Erfahrungen vieler Jahre unumstößlich fest, daß eine sehr starke Bürgschaft für die Möglichkeit des Inschrankenhaltens der unberechtigten nationalpolitischen Tendenzen darin liegt, daß man auf nationaldeutscher Seite dasjenige nationale Selbstbewußtsein und diejenige staatliche Selbstachtung nimmer verleugnet, die ebenso vereinbar ist mit einem großen Maße von Duldung anderer Art, wie unvereinbar mit einer Art von Abneigung dagegen, wo es sein muß, das tolerari posse hochzuhalten, welche dadurch, daß sie herausfordernd wirkt, die nationalpolnischen Bestrebungen erst recht zu gefährlichen sich auswachsen läßt.

Ist das Suchen und Finden eines modus vivendi mit den Unterthanen polnischer Zunge eine Aufgabe, die immer wieder von Neuem an die Staatsregierung und die Behörden herantritt, so werden die Polen selbst zur Mitwirkung an derselben um so größere Bereitwilligkeit zeigen, je mehr Verständniß für ihre Eigenart sie auch insbesondere bei dem Kirchenfürsten voraussetzen dürfen, in dem sie ihr geistliches Haupt anerkennen, und je entschiedener dieser in letzter Zeit mehrfach bekundet hat, daß er die Verpflichtungen zu erfüllen voll und ganz bereit ist, welche auch die Polen dem preußischen Staate gegenüber haben, dem sie nach Gottes Rathschluß angehören.

Die nächste (120.) Plenarsitzung des **Reichstages** ist vom Präsidenten von Levetzow nunmehr auf den **17. November d. J.**, Nachmittags 2 Uhr, anberaumt.

Auf der Tagesordnung dieser ersten Sitzung nach der Vertagung stehen außer der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bestrafung des Sklavenhandels, vier schriftliche und drei mündliche Berichte der Petitionskommission. Von denselben betreffen die ersteren: die Ausdehnung des Kranken- und des Unfallversicherungsgesetzes auf die Insassen der Gefangenen-, Besserungs- 2c. -Anstalten, die Revision des Wuchergesetzes vom 24. Mai 1880, die Privatarbeiten der Militairbüchsenmacher und den Handel mit Waffen und Munition derselben, sowie die Beeinflussung der Gastwirthe in Bezug auf Versammlungen durch Amtsvorsteher und Landräthe. Die mündlichen Petitionsberichte betreffen die Einführung eines Zolles auf mit Salz bestreute grüne Heringe und kommunale Besteuerung des Weins, die Verleihung der Rechte der juristischen Person an Innungsausschüsse, sowie die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.

Für die dann folgenden Tagesordnungen ist unter Anderem als Material in Aussicht genommen: der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes der Krankenversicherung der Arbeiter vom 15. Juni 1883, und der Kommissionsbericht, betreffend den Gesetzentwurf über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs. — Außerdem wird demnächst als Vorlage erwartet: der Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1892/93, nebst den dazu gehörigen Anlagen.

Zu den hier im Reichsamt des Innern stattfindenden Konferenzen behufs einer Vereinbarung über Patent-, Muster- und Markenschutz sind seitens des k. k. österreichischen Handelsministeriums der Ministerialrath Dr. v. Woerz und der Sektionsrath Dr. Beck, seitens der ungarischen Regierung Ministerialrath Schnierer delegirt worden. Die betreffs dieses Schutzes abzuschließende Konvention soll übrigens gleichzeitig mit der österreichisch-ungarisch-deutschen Veterinairkonvention in Kraft treten.

In der Angelegenheit, betreffend die Höherlegung der Mühlendammbrücken, hat der Herr Minister für Handel und Gewerbe folgendes Schreiben an den hiesigen Magistrat gerichtet:

„Berlin, den 26. Oktober 1891.

Die unter Mitwirkung dortiger Kommissarien in meinem Ministerium stattgehabten Erörterungen haben mich in der Ueberzeugung bestärkt, daß im Interesse der Schifffahrt eine lichte Durchfahrtshöhe der Mühlendammbrücken von 3,70 Meter sich als geboten erweisen wird. Schon jetzt verkehren auf der Spree Fahrzeuge, die eine solche Höhe nöthig haben. Ihre Zahl wird aber in dem Maße wachsen, als die von der Staatsregierung unausgesetzt betriebene und geförderte Verbesserung der Schifffahrtsstraßen, deren Zweck wesentlich mit darauf gerichtet ist, die durchgehende Schifffahrt von der Weichsel und Oder nach der Spree und der Elbe in Fahrzeugen von großer Trag- und Ladefähigkeit zu ermöglichen, fortschreitet. Es wäre in hohem Maße beklagenswerth, wenn jetzt neu zu errichtenden Brücken eine so geringe Durchfahrtshöhe gegeben würde, daß aus derselben ein schwer wieder gut zu machendes Hinderniß für die mit Sicherheit zu erwartende Fortentwickelung des Schifffahrtsverkehrs erwachsen würde. Erwäge ich ferner, daß die Höherlegung der Brücken gegenwärtig noch mit verhältnißmäßig geringem Kostenaufwande bewirkt werden kann, während ein späterer Umbau, namentlich wenn erst das Anrampungsgebiet mit Gebäuden besetzt sein wird, erhebliche Summen in Anspruch nehmen würde, so glaube ich mich der zuversichtlichen Hoffnung hingeben zu dürfen, daß nach erneuter Erwägung der Magistrat und die Stadtverordneten bereit sein werden, dem von mir bezeichneten Bedürfnisse zu entsprechen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

gez. Frhr. v. Berlepsch."

Wie wir aus **Gera** erfahren, ist der jüngstgeborene Sohn des Erbprinzen und der Erbprinzessin Reuß j. L., dessen Taufe Ihre Majestät die Kaiserin am vergangenen Sonnabend in Gera beigewohnt hatte, am heutigen Morgen daselbst nach kurzer Erkrankung verstorben. — Das erbprinzliche Paar hatte die Trauernachricht den hier und in Potsdam anwesenden Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften durch den Telegraphen und per Telephon zugehen lassen.

Der „Nationalliberalen Korrespondenz" zufolge ist in kolonialpolitischen Kreisen der Gedanke angeregt worden, im Reichstag aus denjenigen Parteien, die den **kolonialen Bestrebungen** günstig gegenüberstehen, eine freie parlamentarische Vereinigung zu bilden, wie solche auch zur Berathung und Verständigung über andere Fragen schon bestanden hat. Es kämen dabei die konservativen Parteien, die Nationalliberalen und das Zentrum in Betracht. Man glaube, durch eine solche engere Fühlung und festeren Zusammenschluß zwischen den kolonialfreundlichen Elementen den weiteren Gang unserer Kolonialpolitik wirksamer fördern und die Anschauungen des Reichstags der Regierung gegenüber besser zur Geltung bringen zu können.

Bei Erörterung des neuen **russischen Ausfuhrverbotes** für Getreide gelangt die „Freisinnige Zeitung" des Abg. E. Richter zu dem Ergebnisse:

„Indem das russische Ausfuhrverbot vertheuernd wirkt auf die Futtermittel der Landwirthschaft, wird es nicht bloß auf eine Vertheuerung der Fleischpreise hinwirken, sondern auch auf eine solche der Roggenpreise, sofern dadurch die Vertretbarkeit von Roggen durch andere Früchte vermindert wird."

Genau 16 Zeilen weiter unten liest man dann in demselben Blatte betreffs der Preisbewegung an der Berliner Produktenbörse:

„Die Ausdehnung des russischen Ausfuhrverbots blieb auf die Preise ohne Wirkung."

Merkwürdig genug, daß in diesem Falle die Börse die Ansicht des Richter'schen Blattes und das letztere die Ansicht der ersteren nicht theilt. Wie wäre es, wenn die „Freis. Ztg." der Terminspekulation klar machte, daß sie ihren Vortheil wahrzunehmen nicht verstanden hat?

Aus Christiania, 1. November, wird uns berichtet:

Für die Offiziere der deutschen Eskadre, welches, nachdem Bergen angelaufen hat, zum 4. d. hier erwartet wird, veranstaltet ein Komité, zu welchem auch mehrere Mitglieder des Stadtraths und der Bürgervertretung gehören, im großen Saal der Freimaurerloge einen Bürgerball. Außerdem ist ein Festmittag, welchen die Stadt geben soll, in Aussicht genommen. Der Marinekapitain Fabricius wird dem deutschen Admiral für die Zeit des Aufenthalts im hiesigen Hafen als Beistand gegeben. Das radikale „Dagblad", welches der Ankunft des Geschwaders einen Artikel widmet, fragt, ob dasselbe vielleicht, um Admiral Gervais' Kielwasser zu rekognosziren, nach Norwegen komme. Man sei natürlich nicht so unvorsichtig, die Stimmung in Kronstadt selbst unmittelbar auf die Probe zu stellen, aber man könne wohl hier und da einen kleinen Versuchsballon aufsteigen lassen. Die Gegenüberstellung von Kronstadt und Christiania hat wenig Sinn, und die Frage ist auf einen gewissen Größenwahn zurückzuführen.

Die lebhafte Agitation, welche der konservative Theil des Studentenvereins im Hinblick auf die bevorstehende Feier des Unionstages (4. d.) für das Wiederaufziehen einer Flagge mit dem Unionszeichen auf dem Hause des Vereins betrieben hat, ist schließlich zu ihrem Ziele gelangt. Nach einem fünfstündigen Redekampfe hat der Verein in vergangener Nacht 2 Uhr mit 434 gegen 378 Stimmen die Wiederaufrichtung der das Bundeszeichen tragenden Flagge, welche im Mai einer sogenannten reinen norwegischen hatte weichen müssen, beschlossen und so bewiesen, daß die Mehrheit der gebildeten Klassen Norwegens noch der Union und der Monarchie zugethan ist.

Die fortdauernden Wahlagitationsreisen unserer Staatsräthe geben zu immer lauterer Mißbilligung Anlaß. Es geht dabei nicht ohne unwürdige Auftritte und Lärmszenen ab. So war es kürzlich mit dem Justizminister Quam, der mit einem Theile seines Anhangs in gefährliches Gedränge kam. Die Reisen der Chefs widersprechen geradezu dem Grundgesetze, dessen § 27 besagt, daß alle Staatsräthe, wenn sie nicht gesetzliche Abhaltung haben, im Staatsrathe anwesend sein sollen. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich jetzt auf die Reisen des Kultusministers Wexelsen, welcher sich, um radikale Wahlen zu fördern, genöthigt sieht, über seine Pläne hinsichtlich radikaler Aenderungen in Kirche und Schule, z. B. Zulassung Aller zum Gemeindewahlrecht ohne Rücksicht auf Konfession, Ausscheidung des konfessionellen Religionsunterrichts aus der Schule, schwache Gemüther zu beruhigen, indem er versichert, daß fürs Erste nicht an dergleichen gedacht werde.

Das Unglück auf der Werft bei Horten, wo eine Krupp'sche Kanone zersprang und einen Kanonier tödtete, einen andern schwer verwundete, hat den Kanonenkontrolleur des Staats, Oberstlieutenant Hertzberg, nach Essen zu reisen veranlaßt, um theils mit Herrn Krupp eine Unterredung über die näheren Umstände bei der Explosion zu suchen, theils bei der Herstellung der neuen großen Kanonen, die für die Festung Oskarsborg bestimmt sind, gegenwärtig zu sein. Dem Vernehmen nach bringt er ein Schreiben des Vertheidigungsdepartements mit, worin um die Erlaubniß für den Kontrolleur, von der Fabrikation Kenntniß zu nehmen, gebeten wird. Im Fall, daß Herr Krupp dieselbe verweigert, soll der Kauf von Kanonen aus einem andern Gußwerke in Erwägung gezogen werden.

Zur Verlobung des Kronprinzen von Rumänien mit der Prinzessin Marie von Edinburgh wird dem „Pester Lloyd" aus rumänischen Regierungskreisen mitgetheilt, daß die offizielle Bekanntgabe der wahrscheinlich schon im nächsten Frühjahre stattfindenden ehelichen Verbindung des Thronfolgers mit der genannten englischen Prinzessin anläßlich der Wiedereröffnung des Parlaments in einem darauf bezüglichen Passus der Eröffnungsthronrede erfolgen wird.

Ueber die Förderung von **Stein- und Braunkohlen** der preußischen Bergwerke während der ersten neun Monate dieses Jahres, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, bringt der „Staats-Anz." nach vorläufigen Ermittelungen eine Uebersicht. Nach derselben betrug die Förderung von Steinkohlen im Jahre 1891 fast 50 Millionen Tonnen gegen nur 48 Millionen Tonnen in 1890. Die Arbeiterzahl stieg in demselben Zeitraum um etwa 17 100. Braunkohlen wurden gefördert 1891 über 12 Millionen Tonnen, etwa 900 000 Tonnen mehr als im Vorjahr. Die in Braunkohlenbetrieben beschäftigte Arbeiterzahl vermehrte sich um 2000 Köpfe.

Unter der Ueberschrift „Aus dem Lande der Freiheit" bringt die „Kreuzzeitung" Folgendes:

„Es ist gewiß nicht ohne Interesse, daß im „Lande der Freiheit", in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, die Behörden jetzt anfangen sich zu weigern, Sozialdemokraten zu naturalisiren. Es liegt auf der Hand, daß dies eine „Ausnahmemaßregel" ist — wenn unsere

---

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 4. November 1891.

General v. Gerlach.

Wir haben vor Kurzem an anderer Stelle bereits auf die große Bedeutung der von dem General v. Gerlach hinterlassenen Denkwürdigkeiten*) hingewiesen, und glauben den Wünschen unserer Leser entgegenzukommen, wenn wir jetzt etwas näher auf den Inhalt dieser Memoiren eingehen.

Von vorneherein müssen wir betonen, daß auch das beste und zuverlässigste Memoirenwerk niemals die Geschichte selbst ersetzen oder überflüssig machen kann; die Beherrschung der letzteren, wenigstens im Allgemeinen, ist vielmehr für Verständniß und Werthschätzung aller derartiger Aufzeichnungen die unerläßliche Voraussetzung. Wir möchten daher auch meinen, daß eine ad hoc gegebene Einleitung in die betreffenden Geschichtsperioden, sofern jene Voraussetzung fehlt, entweder ganz nutzlos, oder aber den erstrebten Zweck doch nur dann erfüllen könnte, wenn eine solche Ein- und Anleitung sich zu dem Umfang einer förmlichen Spezialgeschichte erweiterte. Diese Bemerkung trifft nothwendiger Weise bei jedem Memoirenwerk zu; denn alle politischen Erlebnisse jedes Einzelnen haben natürlich die allgemeinen historischen Vorgänge zum Hintergrunde. Indessen liegt der Schwerpunkt des uns hier vorliegenden Materials in den vierziger und fünfziger Jahren, also in einer Epoche, wo bereits das politische Leben in Preußen und Deutschland die weitesten Volksschichten erfaßt hatte. Wir sind deshalb der Ueberzeugung, daß auch die Leser der „Nordd. Allg. Ztg.", ohne mit historischen Exkursen und Kommentaren behelligt zu sein, die hier gebotenen Denkwürdigkeiten zu würdigen wissen und mit Interesse aufnehmen werden. Einen ganz besonderen Genuß wird allerdings die Lektüre derselben Denjenigen bereiten, welche den geschilderten Zeitereignissen und Personen auch persönlich nahe gestanden haben. Schon aus räumlichen Gründen bezwecken unsere nachfolgenden Exzerpte weniger, die im Allgemeinen bekannten, oft beschriebenen Vorgänge von historischer Bedeutung, wie beispielsweise die Märztage von 1848, zu berücksichtigen, und das um so weniger, als über dieselben seit dem Tode des Verfassers vielfache Veröffentlichungen, auch von zuverlässiger militairischer Seite, erfolgt sind. Es kommt dazu, daß unsere Besprechung nicht die Lektüre des Werkes selbst beeinträchtigen soll. Aber hauptsächlich ist für uns der Gesichtspunkt maßgebend, daß das Hauptinteresse unserer Denkwürdigkeiten in der Beobachtung der genauen Kenntniß und des großen Einflusses liegt, den General v. Gerlach auf den Gang der preußischen Politik zweifellos viele Jahre lang geübt hat. Unsere Exzerpte werden gerade genügen, um die Begierde nach vollständiger Kenntniß der Denkwürdigkeiten zu wecken. Die extreme politische Parteistellung des Verfassers kann keinen politisch Denkenden abhalten, diese Tagebuchblätter zu studiren. Der Verfasser giebt sich ganz offen — und es ist kaum anzunehmen, daß er bei längerem Leben nachträglich den Charakter seiner Aufzeichnungen in dieser Beziehung irgendwie beeinträchtigt hätte —; er läßt über seine Stellung zu König, Kirche und Staat, sowie über Parteien und Individuen keinen Zweifel, kennt und verhehlt sich das scharfe Urtheil nicht, welches die allgemeine Volksstimme über die „kleine, aber mächtige Partei" fällt, an deren Spitze er steht, und wagt muthig einzutreten für die Berechtigung einer Camarilla, während sie ziemlich allgemein als der Urquell alles Uebels betrachtet wird; aber der Memoirenschreiber steht den Dingen nahe, kennt Verhältnisse und Personen, ist ziemlich redselig, nicht selten sarkastisch und etwas sophistisch, immer geistvoll und interessant. Und was vor Allem ins Gewicht fällt: wohl Niemand wird das Buch aus der Hand legen, der nicht auch bei vollster Berücksichtigung der natürlich rein subjektiven Auffassung des Autors sein bisheriges Urtheil über Werth und Charakter der Männer, welche in jenen Tagen politisch in den Vordergrund getreten sind, nach dieser oder jener Richtung zu modifiziren sich verpflichtet fühlen sollte. Die Schwierigkeiten, welche in jener Zeit des Uebergangs des absoluten in den Verfassungsstaat zu überwinden waren, treten in unseren Denkwürdigkeiten ins klarste Licht, und daß diese Irrungen und Wirrungen nicht zum Wenigsten von denen geschaffen oder vermehrt worden, welche sie mit ihren Heilmitteln zu beseitigen wähnten, dafür liefern unsere Aufzeichnungen vielfältig den bündigsten Beweis.

Bevor wir uns nun zu den Memoiren und deren Autor wenden, glauben wir zunächst einer Pflicht der Höflichkeit und Anerkennung durch Abdruck der Worte zu entsprechen, mit welchen die Herausgeberin die Veröffentlichung der Denkwürdigkeiten begleitet. Sie lauten:

„Nicht ohne Zagen ist die Tochter des Generals v. Gerlach daran gegangen, diese hinterlassenen Denkwürdigkeiten des Vaters herauszugeben. Aber durch die Erkrankung eines literarisch hervorragenden Mannes und den Tod ihres einzigen Bruders sah sie sich genöthigt, die Aufgabe der Sichtung und nothwendigen Verkürzung des sehr umfangreichen Stoffes selbst zu übernehmen, wenn nicht das für die Geschichte der vierziger und fünfziger Jahre sehr werthvolle Material unbenutzt im Familienarchiv liegen bleiben sollte. Eine Freundin, die durch eigene biographische Arbeiten sich die nöthige technische Vorbildung erworben hatte, stand ihr bei den mühevollen Arbeiten zur Seite. Die hier gebotenen Denkwürdigkeit geben nur die eigenen Worte des Generals v. Gerlach, und die Arbeit der Herausgeberin beschränkt sich auf die zweckmäßigen Kürzungen. Die Denkwürdigkeiten tragen ein ausschließlich politisches Gepräge, und Familienbeziehungen sind ganz fortgelassen, wie dies für den Fall der Veröffentlichung dieser Aufzeichnungen die ausgesprochene Absicht des Verfassers war. Nur als treuer Diener seines so sehr geliebten Königs, wie als unerschrockener Bekenner seines himmlischen Herrn in jeder Lebenslage tritt er uns hier entgegen."

Ein solches Vorwort, mit dem die Herausgeberin und Tochter sich gewissermaßen entschuldigt, trotz der Erkenntniß der für die Erfüllung der großen Aufgabe kaum ausreichenden Kräfte, gleichwohl in kindlicher Pietät den Willen des Vaters zur Ausführung gebracht zu haben, — legt der Kritik die zwingende Pflicht auf, mit der Herausgeberin nicht etwa darüber zu rechten, ob sie bei ihrer Auswahl des Stoffes doch vielleicht nicht hier und da einen Mißgriff gemacht, oder etwa, ohne dem Ganzen zu schaden, bisweilen größere Streichungen hätte vornehmen können. Der Sachkenner wird am wenigsten die Schwierigkeiten verkennen wollen, welche, zumal für eine pietätvolle Tochter, hier zu überwinden waren.

Ueber die persönlichen und Familienverhältnisse des Verfassers der Memoiren erfahren wir in der Einleitung (1. Hauptabschnitt des Werkes) Folgendes:

Der Vater des Generals war, noch minderjährig bereits königlicher Rath, kaufte 1792 in Berlin ein Haus und 1805, nachdem er seine Güter in Pommern verkauft hatte, das Gut Rohrbeck in der Neumark und war seit 1796 kurmärkischer Kammerpräsident. Mit vollem Muth war er bei der Besetzung Berlins der Willkür Davoust's entgegengetreten und wurde dadurch so bei der Bürgerschaft beliebt, daß er bei der Einführung der neuen Städteordnung 1809 einstimmig zum Bürgermeister gewählt wurde. Er starb im 56. Lebensjahre 1813. Mit seiner Gemahlin, geb. v. Raumer, hatte er seit 1786 in glücklichster Ehe gelebt. Aus dieser Ehe gingen die vier Söhne: Wilhelm, Leopold, Ludwig und Otto hervor, von denen namentlich die drei Letzten, die stets in enger Gemeinschaft mit einander blieben, berufen waren, eine hervorragende Stellung einzunehmen. Wilhelm, der Aelteste, starb bereits 1835 als Ober-Landesgerichts-Präsident in Frankfurt a. O.; der jüngere Bruder Otto als Dom- und Hofprediger und ordentlicher Honorarprofessor an der Universität zu Berlin im Jahre 1849. Im Tode folgte den Brüdern dann, wie hier vorweg bemerkt sein möge, zunächst Leopold, unser General, und zwar in Folge einer Erkältung, die er sich bei dem Leichenbegängniß Friedrich Wilhelm IV. zugezogen hatte, am 10. Januar 1861. Das längste Leben war dem in der politischen Welt seiner Zeit am meisten genannten der vier Brüder beschieden: der auch in den vorliegenden Memoiren oft genannte langjährige Chefpräsident des Ober-Landgerichts zu Magdeburg, Ludwig v. Gerlach, der bekannte „Rundschauer" der „Kreuzzeitung" (geboren 1795), starb in Folge eines Unfalles im Jahre 1879, nachdem der ehemalige Freund Bismarck's gegen Ende seines Lebens sich noch im Abgeordnetenhause der Zentrumspartei angeschlossen, und an deren Seite die Regierung und die Maigesetze bekämpft hatte. Die einzige Schwester der vier Gebrüder, Sophie, war mit dem General v. Grolman vermählt, der sich später in den Freiheitskriegen so sehr hervorgethan, zur Zeit des Ablebens seiner Gattin (1807) aber in Spanien gegen Napoleon kämpfte.

Leopold v. Gerlach, geboren am 17. September 1790, kam 1799 auf das Joachimsthaler Gymnasium und 1803 auf die académie militaire, wo er die Zuneigung seines Lehrers Ancillon, des späteren Ministers, gewann. Bei Ausbruch des Krieges trat er am 9. Oktober 1806 in die Armee, machte die Schlacht von Auerstädt mit, wurde am 15. Oktober in Erfurt durch Kapitulation Kriegsgefangener und traf Ende des Monats wieder in Berlin ein. Der 1808 von ihm erbetene Abschied wurde ihm von dem Könige in gnädigen Ausdrücken abgeschlagen, weil Se. Majestät glaubten, daß er sich zu einem sehr brauchbaren Offizier ausbilden würde; dagegen wurde ihm Erlaubniß zum Studiren bewilligt, worauf er Göttingen und Heidelberg besuchte. Nach Berlin 1811 zurückgekehrt, meldete er sich, nachdem er dazu unter Vorbehalt seines militairischen Verhältnisses und der Pflicht, sich zu stellen, sobald er gerufen würde, die Erlaubniß des Königs erhalten hatte, bei der Regierung in Potsdam. Er bestand die Prüfung glänzend und arbeitete nun als Referendar in Potsdam. Mehr als die trockenen Amtsgeschäfte fesselten ihn politische Interessen, die durch seinen Verkehr mit Alexander von der Marwitz, dem Bruder des bekannten Generals von der Marwitz, und den Gardeoffizieren gefördert wurden. Als am 25. Januar 1813 der König nach Breslau ging, nahmen Gerlach und Marwitz unbestimmten Urlaub, um ihm zu folgen.

(Fortsetzung folgt.)

---

*) Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold v. Gerlach's, Generals der Infanterie und Generaladjutanten König Friedrich Wilhelm IV. Nach seinen Aufzeichnungen herausgegeben von seiner Tochter. In zwei Bänden. I. Band. Berlin. Verlag von Wilhelm Hertz (Besser'sche Buchhandlung) 1891.